



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter
am 24.04.2013
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Jürgen Borngräber
Abg.e Doris Brandt
Abg.e Angelika Dorsch
Abg.e Marianne Knabbe
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Bernd Sievert
Abg.e Thea Tomforde

Vertretung für Abg.e Ute Gudella-de Graaf
Vertretung für Abg. Reinhard Bussenius
Vertretung für Abg. Hans-Hermann Engelken

Entschuldigt:

Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg.e Ute Gudella-de Graaf

Verwaltung

KVD Markus Pragal
Gleichstellungsbeauftragte Marianne Schmidt
KOAR Harald Glüsing
KOI Antje Brünjes
VA Ivonne Thierbach
KOI Kristin Sonnenberg
KI Kathrin Kaiser

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter am 19.02.2013
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Bericht zum Stand der Umsetzung des BuT-Paketes
Vorlage: 2011-16/0459
- 6** Bericht zum Budgetprojekt BIS (Begleitung für Integration und Strukturverbesserung)
Vorlage: 2011-16/0460
- 7** Berufsorientierung
Vorlage: 2011-16/0457
- 8** Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Borngräber eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

KVD Pragal regt an, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 des nichtöffentlichen Teils aus Gründen der Zweckmäßigkeit zu tauschen. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu. Im Übrigen liegen keine Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung vor.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter am 19.02.2013**

Die Niederschrift über die 6. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter am 19.02.2013 wird ohne Einwendungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Zunächst berichtet **KVD Pragal** über den nunmehr abgeschlossenen Zielvereinbarungsprozess zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und dem Land Niedersachsen für das Jahr 2013. Die Zielvereinbarung umfasse drei Oberziele. Das erste Oberziel beziehe sich auf die „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“, wo jedoch keine konkrete Zielgröße definiert sei, sondern die Entwicklung lediglich beobachtet werden würde. Das zweite Oberziel beziehe sich auf die „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“. Hier sei festgelegt worden, das in 2012 vereinbarte Ziel zu halten. Das dritte Oberziel umfasse die „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“. An dieser Stelle sehe die Zielvereinbarung einen Abbau von 3,5 % vor. **KVD Pragal** betont, dass bei einer Zielverfehlung keine gravierenden Konsequenzen drohen würden, sondern nur eine Anpassung der Ziele im Folgejahr vorzunehmen wäre. **KOAR Glüsing** ergänzt den Bericht und stellt die Ergebnisse des Jahres 2012 vor. Beim ersten Ziel habe das Jobcenter sehr gut abgeschnitten. In Niedersachsen habe man den zweiten Platz belegt, bundesweit würde das Jobcenter im Vergleichstyp sogar auf Platz 1 liegen. Das zweite Ziel sei um 34 Integrationen verfehlt worden und somit leider die angestrebte Steigerung um annähernd 10% nicht ganz erreicht worden. Bundesweit hätte sich jedoch eine ähnliche Situation dargestellt. Das dritte Ziel habe man problemlos erreicht und letztlich sogar um 233 Fälle übertroffen. Auf Nachfrage von **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** macht **KOAR Glüsing** deutlich, dass sich das dritte Ziel nicht auf die statistische Langzeitarbeitslosigkeit beziehe, sondern tatsächlich nur auf den Langzeitleistungsbezug.

Im Anschluss informiert **KVD Pragal** darüber, dass der Gemeinsame Bundesausschuss die Änderung der Richtlinie zur Feststellung der Arbeitsunfähigkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beschlossen habe. Mit der Richtlinie solle unter anderem ein einheitliches Verfahren für den Arbeitsunfähigkeitsnachweis gegenüber dem Jobcenter geschaffen werden. Danach seien erwerbsfähige Leistungsberechtigte dann arbeitsunfähig, wenn sie krankheitsbedingt nicht in der Lage seien, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten oder an einer Eingliederungsmaßnahme teilzunehmen. Beständen trotz Vorliegen einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung Zweifel an der Arbeitsunfähigkeit, gäbe es die Möglichkeit, den

medizinischen Dienst (MDK) der Krankenkassen zur Überprüfung einzuschalten. **KVD Pragal** erklärt, dass eine Umsetzung im größeren Umfang im Jobcenter jedoch nicht vorgesehen sei. Die Einschaltung des MDK sei höchstens in Einzelfällen sinnvoll, wo z.B. eine Arbeitsunfähigkeit schon zu Beginn der Erkrankung für einen Monat ausgestellt würde, ergänzt **KOAR Glüsing**. Dem stimmt **Vors. Borngräber** zu und berichtet, dass auch er sich schon über den Sinn einer derartigen Überprüfung gewundert hätte. **KOAR Glüsing** fügt hinzu, dass ein Patient beim Arzt ohnehin nicht offenbaren müsse, dass er Leistungen nach dem SGB II beziehe. Er hielte andere Wege, wie z.B. Feststellung der Resterwerbsfähigkeit für deutlich effektiver.

Als nächstes berichtet **KVD Pragal** über eine unter Beteiligung des Landkreises Rotenburg (Wümme) durchgeführte Jobmesse in Police, Polen. Auch die Arbeitgeber des Landkreises Rotenburg (Wümme) stünden vor dem Problem des Fachkräftemangels. Eine Möglichkeit diesem entgegen zu treten sei die Anwerbung von Fachkräften aus dem europäischen Ausland.

Im Rahmen des Projektes „Reife Leistung“ sei es dem Jobcenter gelungen, Kontakte in die Arbeitsverwaltung nach Polen zu knüpfen und diese der Wirtschaftsförderung zuzuleiten. Am 29.11.2012 habe eine polnische Delegation den Landkreis Rotenburg (Wümme) besucht, um sich „Reife Leistung“ in seiner praktischen Ausführung anzusehen. Im Anschluss an diese Veranstaltung seien einzelne Paktteilnehmer nach Polen eingeladen worden, unter anderem auch das Jobcenter Rotenburg (Wümme). Als Ergebnis grenzübergreifenden Bekanntschaften sei der Wirtschaftsförderung und dem Jobcenter die Teilnahme an einer Jobmesse am 19.04.2013 in Polen gelungen. Im Rahmen der Jobmesse sei interessierten Unternehmen aus der Region Rotenburg (Wümme) die Möglichkeit geboten worden, ihre vakanten Stellen persönlich oder über Mitarbeiter des Landkreises Rotenburg (Wümme) vorzustellen und polnische Fachkräfte persönlich kennenzulernen. Am heutigen Tage führe die Wirtschaftsförderung zum Thema „Fachkräftewerbung im europäischen Ausland“ von 17.00 Uhr bis 19.30 Uhr eine Informationsveranstaltung durch, in deren Rahmen unter anderem über die Jobmesse in Police berichtet werden würde. Auf Nachfrage von **Abg.e Dorsch** bestätigt **KOAR Glüsing**, dass mitunter ein großer Fachkräftebedarf im Bereich des Transportwesens liegen würde. **Vors. Borngräber** macht darauf aufmerksam, dass auch kürzlich die polnischen Partnerlandkreise auf die Fachkräftewerbung angesprochen worden seien. Da die Landräte der polnischen Partnerlandkreise demnächst den Landkreis Rotenburg (Wümme) besuchen würden, solle man das Thema bei der Gelegenheit nochmals ansprechen, fügt **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** hinzu. **Abg. Krahn** betont, dass er die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung und dem Jobcenter gut finde. Er macht aber gleichzeitig deutlich, dass man sich um die angeworbenen ausländischen Fachkräfte auch in sozialer Hinsicht kümmern müsse.

Weiter hält **KVD Pragal** einen kurzen Zwischenstandsbericht über den im Februar 2013 eingerichteten Internetauftritt des Jobcenters. Der Internetauftritt werde gut angenommen. Im März 2013 hätten 822 verschiedene Besucher die Seite angesehen und dabei rund 35.000 Klicks getätigt. Die Website werde auch am Wochenende genutzt, wobei sich insgesamt betrachtet besonders die Möglichkeit den persönlichen Ansprechpartner feststellen zu lassen intensiver Nutzung erfreue. **Abg.e Dorsch** erkundigt sich, ob das Aufkommen der E-Mails durch den Internetauftritt höher geworden sei. Entsprechende Beobachtungen seien laut **KOAR Glüsing** bisher nicht aufgetreten.

Abschließend teilt **KVD Pragal** mit, dass es zum 01.08.2013 eine Gesetzesänderung im Bereich der Bildungs- und Teilhabeleistungen in Kraft treten wird. Laut Gesetzesbegründung seien Änderungen bei den Regelungen erfolgt, bei denen sich in der Vergangenheit herausgestellt hätte, dass diese mit einem erhöhten – nicht vertretbaren – Verwaltungsaufwand verbunden seien und damit die Inanspruchnahme ungewollt erschwert würde. Diese Änderungen seien aber für den Landkreis Rotenburg (Wümme) im Grunde nicht wesentlich, da in der Praxis bereits entsprechend der Neuerungen verfahren werde.

KOAR Glüsing und die Bildungslotsinnen Julia Gooren, Kaja Lanz und Marion Dallmann berichten gemeinsam über den Stand der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und stellen Ihre Ergebnisse anhand einer Power Point Präsentation dar. *(Anmerkung d. Protokollführerin: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)* Als im Rahmen der Präsentation zur Sprache kommt (Folie 4), dass sich Lehrer über die zweckfremde Verwendung von Geldern für den persönlichen Schulbedarf beklagen würden, möchte **Abg. Sievert** wissen, wie oft solche Fälle vorkommen würden. Julia Gooren erklärt, dass eine genaue Zahl nicht nennbar sei, jede der Bildungslotsinnen aber schon entsprechende Fälle erlebt hätte. Erschwerend würde hinzukommen, dass die Bildungslotsinnen den Lehrern/Schulen im Grunde gar keine Auskünfte zu den mutmaßlich nach dem SGB II leistungsberechtigten Schülern geben dürfen.

Zu dem Punkt, dass sich eine Schule mittlerweile weigere, die Bestätigung über die Notwendigkeit von Lernförderung auszufüllen (Folie 6), erkundigt sich **Abg.e Brandt**, ob der Vordruck denn sehr umfangreich sei. Das Formular würde lediglich eine Doppelseite umfassen und orientiere sich an einer Vorlage des Kultusministeriums, so **KOAR Glüsing**. *(Anmerkung d. Protokollführerin: Der Vordruck ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)* **Abg.e Tomforde** berichtet aus eigenen Erfahrungen, dass die Schulen den Leistungsberechtigten jedoch grundsätzlich umfangreiche Hilfestellung bezüglich der Beantragung von Bildungs- und Teilhabeleistungen gewähren würden. **Abg. e Dorsch** berichtet von ihren eigenen, durch ihr Engagement im kulturellen Bereich gemachten Beobachtungen und stellt fest, dass die Leistungen zur sozialen Teilhabe trotz aller Bemühungen tatsächlich nicht von den Anspruchsberechtigten gefragt seien. Auf Nachfrage von **Abg.e Tomforde** und **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** erklärt **KOAR Glüsing**, dass die monatlich zur Verfügung stehenden 10 € durchaus auch in Sammelbeträgen, mindestens jedoch für den jeweiligen Bewilligungszeitraum, gewährt werden könnten. Sofern Rücksprache mit dem Leistungssachbearbeiter gehalten würde, könnte demnach ggf. auch ein kompletter Jahresbeitrag für z.B. einen Sportverein in einer Summe ausgezahlt werden. **Abg. Krahn** fragt nach, wie viele Personen/Fälle hinter den in der Präsentation genannten Ausgaben stehen würden. Da die Verwaltung hierzu keine sofortige Antwort geben kann, werden die Zahlen mit dem Protokoll nachgereicht. *(Anmerkung d. Protokollführerin: Die Zahlen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)* Als Kaja Lanz berichtet, dass die Bildungslotsinnen mittlerweile Sprechstunden in verschiedenen Einrichtungen durchgeführt hätten, möchte **Abg.e Brandt** wissen, um welche Einrichtungen es sich genau handeln würde. Neben Schulen und Kindertageseinrichtungen hätten Sprechstunden z.B. bei den Tafeln oder in Mehrgenerationenhäusern stattgefunden, beschreiben die Bildungslotsinnen. Außerdem hätten die Bildungslotsinnen diverse Gesamtkonferenzen, Elternversammlungen, Dienstbesprechungen u.ä. besucht, um das Bildungs- und Teilhabepaket dort vorzustellen. Die meisten Institutionen seien dabei dankbar für die Unterstützung durch die Bildungslotsinnen. **Abg.e Brandt** mutmaßt, dass insbesondere auf kleinen Dörfern eine Scham seitens der Leistungsberechtigten bezüglich ihres Leistungsbezuges bestehen würde. Diese Familien würden nicht wollen, dass z.B. der Sportverein über den Leistungsbezug Kenntnis erlange. Diese Vermutung kann Julia Gooren stellvertretend für alle Bildungslotsinnen bestätigen. Des Weiteren lobt **Abg.e Brandt** das Engagement der Bildungslotsinnen. Insbesondere lobt sie die von Julia Gooren für eine Schule erstellte Antrags- und Informationsmappe und schlägt vor, diese auch für andere Schulen anzubieten. Dem schließt sich **Vors. Borngräber** an und bittet die Bildungslotsinnen, nicht nachzulassen und sich weiter intensiv um die – auch manchmal desinteressierten - Kunden zu bemühen. Auf Nachfrage von **Abg.e Brandt** gibt Julia Gooren an, dass ein gezielter, über die üblichen Aktivitäten hinausgehender Kontakt zu Sportvereinen bisher nicht hergestellt worden sei. Diesbezüglich berichtet **KVD Pragal**, dass er bereits zwei Mal auf Veranstaltungen des Kreissportbundes über das Bildungs- und Teilhabepaket referiert hätte. Er wolle sich dem Thema jedoch gerne nochmals annehmen. **Abg.e Brandt** berichtet, dass die Sportvereine regelmäßig auch Kinder ohne Vereinsmitgliedschaft (vorläufig) mitmachen ließen. Hier bestünde jedoch die Gefahr, dass bei einer Verletzung kein Versicherungsschutz greifen würde. **Abg. Sievert** berichtet aus seiner Tätigkeit als Vereinsvorsitzender, dass auch dort regelmäßig auf die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes hingewiesen würde. Trotzdem sei die Anzahl der eingehenden Anträge gering. Zudem teilt er die Beobachtung mit, dass bei

Deutschen die Scham einen Antrag zu stellen scheinbar deutlich größer sei, als bei Personen mit Migrationshintergrund. **Vors. Borngräber** bedankt sich für den Vortrag und bemerkt, dass ihn einiges am Vortrag nachdenklich gemacht habe. Abschließend bestätigt **KOAR Glüsing**, dass die Mittel für die Bildungslotsinnen definitiv nicht über den 30.06.2014 hinaus zur Verfügung stünden.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bericht zum Budgetprojekt BIS (Begleitung für Integration und Strukturverbesserung)**
Vorlage: 2011-16/0460

KOAR Glüsing stellt das Budgetprojekt BIS (Begleitung für Integration und Strukturverbesserung) vor. *(Anmerkung d. Protokollführerin: Die dem Vortrag zu Grunde liegende aber bei der Sitzung nicht gezeigte Präsentation, ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)* Auf Nachfrage von **Vors. Borngräber** erklärt **KOAR Glüsing**, dass durch das Jobcenter ca. 80.000 € für das Projekt zur Verfügung gestellt worden seien, der Rest sei durch ESF-Mittel finanziert worden. **Abg.e Brandt** stellt fest, dass etliche Ergebnisse und Handlungsvorschläge von BIS Bereiche berühren würden, wo man aufgrund finanzieller Rahmenbedingungen oder rechtlicher Grenzen nicht viel ändern könne. Dies sei zutreffend, so **KOAR Glüsing**, man versuche aber trotzdem die Ergebnisse und Handlungsvorschläge so gut wie möglich zu berücksichtigen und umzusetzen. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** erklärt, dass aus seiner Sicht Maßnahmen vorrangig dazu dienen sollten, die Maßnahmeteilnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. **KOAR Glüsing** kann dies nachvollziehen, erläutert aber, dass viele erwerbsfähige Leistungsberechtigte aufgrund diverser Vermittlungshemmnisse gar nicht in der Lage seien, unmittelbar eine Arbeit aufzunehmen. Daher seien auch Maßnahmen notwendig, welche die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten schrittweise an den Arbeitsmarkt heranzuführen würden.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Berufsorientierung**
Vorlage: 2011-16/0457

KOAR Glüsing stellt den Tagesordnungspunkt anhand einer Power Point Präsentation dar. *(Anmerkung d. Protokollführerin: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)* **Vors. Borngräber** stellt bezüglich der angesprochenen Einzelvereinbarungen die Frage, ob diese direkt mit den Eltern abgeschlossen werden würden. Dies verneint **KOAR Glüsing**, unter Einzelvereinbarung sei z.B. der Abschluss einer Vereinbarung mit einer einzelnen Schule zu verstehen. Auf die Frage von **Abg.e Dorsch**, erklärt **KOAR Glüsing**, dass das Bildungsberatungsbüro und die dort gewonnenen Erfahrungen durchaus eingebunden werden könnten, man aktuell aber noch nicht soweit sei. Bisher hätten nur Gespräche mit der Agentur für Arbeit stattgefunden.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Anfragen**

KOAR Glüsing berichtet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Pro-Aktiv-Centers (PACE) den Wunsch geäußert hätten, das Projekt dem Ausschuss des Jobcenters persönlich zu präsentieren. Der Ausschuss begrüßt diese Idee und bittet die Verwaltung sich um die Terminplanung zu kümmern.

(Borngräber)
Vorsitzender

(Pragal)
Kreisverwaltungsdirektor

(Kaiser)
Protokollführerin